

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 04.11.2010
Sitzung Nummer:	13 (KVPA/13/2010)
Sitzungsdauer:	15:30 - 17:15 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Jörg Hellmuth
Vorsitzender

Gabriela Grimm
Protokollführerin

Anwesend:

Vorsitz

Herr Jörg Hellmuth

Mitglieder

Herr Ralf Berlin

Herr Gerhard Borstell

Herr Wolfgang Kühnel

Herr Günter Rettig

Herr Eduard Stapel

Herr Eike Trumpf

beratende Mitglieder

Herr Frank Wiese

von der Verwaltung

Frau Annemarie Theil

Herr Carsten Wulfänger

Frau Susanne Grewatsch

Frau Angela Vogel

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Mitglieder des KVPA und der Tagesordnung
- 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 12. Sitzung des KVPA vom 07.10.2010
- 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 12. Sitzung des KVPA am 07.10.2010
- 5 Auflösung des Tierkörperbeseitigungsverbandes
Vorlage: 172/2010
- 6 Beschlussfassung zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 29. Juni 2010 gemäß § 33 (3) Nr. 5 LKO LSA
hier: überörtliche turnusmäßige Prüfung des Landkreises Stendal im Jahr 2008
Vorlage: 187/2010

- 7 Beschluss des Kreistages über die Jahresrechnung 2009 des Landkreises Stendal sowie die Entlastungserteilung für den Landrat
Vorlage: 184/2010
 - 8 II. Berichterstattung zur Budgetentwicklung (Stand 15.09.2010) - Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 177/2010
 - 9 Umbau der Förderschule Osterburg zur Musik- und Volkshochschule (Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung 2010)
Vorlage: 189/2010
 - 10 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen - 1. Lesung -
Vorlage: 190/2010
 - 11 Maßnahme der zivilen Infrastruktur von militärischem Interesse - Ausbau der K 1472, OD Kliez
Vorlage: 179/2010
 - 12 Information über die Aufhebung des Kooperationsvertrages der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Zusammenarbeit im Elbetal (KAG)
 - 13 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Landrat, Herr Hellmuth, eröffnet um 15.30 Uhr die 13. Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses und begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Mitglieder des KVPA und der Tagesordnung

Der Landrat stellt fest:

- die Ladung zur heutigen Sitzung des KVPA erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 22. Oktober 2010,
- der KVPA ist beschlussfähig (es sind 7 Mitglieder + 1 beratendes Mitglied des KVPA anwesend – siehe Seite 1 Anwesenheitsliste).

Zur Tagesordnung bestehen keine Wortmeldungen. Der Landrat stellt sodann die Tagesordnung fest.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 12. Sitzung des KVPA vom 07.10.2010

Der Landrat bemerkt, dass keine Einwende zur Niederschrift vorliegen. Es bestehen auch jetzt keine Wortmeldungen.

Damit stellt der Landrat den öffentlichen Teil der Niederschrift der 12. Sitzung des KVPA am 07.10.2010 fest.

zu TOP 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 12. Sitzung des KVPA am 07.10.2010

Der Landrat gibt die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses vom 07.10.2010 (DS Nr. 181/2010, 182/2010 und 183/2010) bekannt.

**zu TOP 5 Auflösung des Tierkörperbeseitigungsverbandes
Vorlage: 172/2010**

Der Landrat erläutert kurz die Vorlage. Der Landtag hat eine Neuordnung der Kostenpflicht für die Tierkörperbeseitigung beschlossen. Die Kostentragungspflicht für die Beseitigung tierischer Nebenprodukte endete mit Ablauf des 30. Juni 2010, so dass der Zweck des Verbandes erfüllt ist. Der Landkreis Stendal hat zukünftig nicht mehr die Aufgabe als beseitigungspflichtige Körperschaft zu erfüllen. Formell muss der Verband aufgelöst werden.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 6 Beschlussfassung zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 29. Juni 2010 gemäß § 33 (3) Nr. 5 LKO LSA
hier: überörtliche turnusmäßige Prüfung des Landkreises Stendal im Jahr 2008
Vorlage: 187/2010**

Der Landrat bemerkt, dass die Stellungnahme zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes auch im Rechnungsprüfungsausschuss behandelt worden ist. Es bestand von Seiten der Ausschussmitglieder kein Diskussionsbedarf.

Herr Berlin kann sich in Bezug auf seine Fraktion mit der Vorlage nicht einverstanden erklären. Nach Prüfung der Fraktionsgelder für das Jahr 2006 durch die Rechts- und Kommunalaufsicht hat die Fraktion seinerzeit ein Schreiben vom Landrat erhalten. Eine Stellungnahme der Fraktion vom 21. 01. 2008 durch Herrn Berlin ist dem Landrat übergeben worden. Hierauf ist nicht reagiert worden. Das Schreiben hat die Kommunalaufsicht nicht eingearbeitet. Der Landesrechnungshof hat das Ergebnis der Prüfung durch die Rechts- und Kommunalaufsicht einfach übernommen, welches nicht stimmt. In der Stellungnahme des Landrates zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes ist unter Fraktionen auch nichts weiter dazu gesagt worden.

Der Landrat unterbreitet Herrn Berlin den Vorschlag, sein Antwortschreiben vom 21.01.2008 der Stellungnahme als Anlage beizufügen.

Herr Kühnel bemerkt, dass er bei der nächsten turnusmäßigen Prüfung durch den Landesrechnungshof erwarte, dass dieser mit den Fraktionen zur Thematik Fraktionsabrechnungen spricht.

mehrheitlich zugestimmt

Ja mehrheitlich Nein 0 Enthaltung 2

**zu TOP 7 Beschluss des Kreistages über die Jahresrechnung 2009 des Landkreises Stendal sowie die Entlastungserteilung für den Landrat
Vorlage: 184/2010**

Der Landrat erklärt, dass sich der Rechnungsprüfungsausschuss in mehreren Sitzungen mit dem Schlussbericht beschäftigt hat. Die Verwaltungsführung war in der letzten Sitzung zugegen und hat zu dem einen oder anderen Punkt konkret mündlich Stellung genommen. In den nächsten Tagen wird auf dieser Basis die schriftliche Stellungnahme erfolgen.

Herr Trumpf, als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, bemerkt, dass die Ausschussmitglieder einstimmig empfehlen haben, die Vorlage an den KVPA und den Kreistag weiterzuleiten.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 8 II. Berichterstattung zur Budgetentwicklung (Stand 15.09.2010) - Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 177/2010**

Der Landrat bemerkt, dass man sich insbesondere im FHLA auf die entsprechenden Termine zur Berichterstattung verständigt habe. Die Budgetentwicklung ist im FHLA vorige Woche ausführlich besprochen worden. Im Wesentlichen liegen keine großen Abweichungen vom Planansatz vor, und im Wesentlichen greift unser Konsolidierungskonzept. Der Landrat erklärt des weiteren, dass die Eckzahlen der Budgetentwicklung Grundlage für die Haushaltsplanung 2011 sind.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen zur Mitteilungsvorlage.

zur Kenntnis genommen

**zu TOP 9 Umbau der Förderschule Osterburg zur Musik- und Volkshochschule (Außerplanmäßige
Verpflichtungsermächtigung 2010)
Vorlage: 189/2010**

Der Landrat bemerkt, dass das Projekt nicht unbekannt ist. Im Interesse eines reibungslosen Bauablaufes ist diese Vorlage vorgelegt worden, um die entsprechenden Ausschreibungen etc. vorzubereiten. Im Rahmen des Konjunkturpaketes II wird die ehemalige Förderschule Osterburg zu einer Musik- und Volkshochschule des Landkreises Stendal umgebaut. Die K II-Mittel, die hier einfließen, müssen bis Ende nächsten Jahres verbaut werden.

Es bestehen keine Wortmeldungen zur Vorlage.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 10 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen - 1. Lesung -
Vorlage: 190/2010**

Der Landrat erklärt, dass im FHLA in der vorigen Woche der Haushaltsplan-Entwurf sehr ausführlich erläutert worden ist. Wir haben versucht, aktuelles Zahlenwerk einfließen zu lassen. Hier seien die aktuellen Budgetzahlen zu nennen. Die Einnahmesituation des FAG ist nahezu bekannt. Insofern hoffen wir, dass wir die Zahlen in den nächsten Tagen belastbar gestalten können. An der einen oder anderen Stelle wird es noch einpaar kleine Änderungen geben. Insgesamt bewegen wir uns aber auf dem Konsolidierungskonzept, das am 10. Juni d. J. im Kreistag beschlossen worden ist. Unser Vorschlag und Ziel ist, wie abgesprochen, in einer zusätzlichen Kreistagssitzung am 16. Dezember 2010 den Haushaltsplan für das Jahr 2011 zu beschließen, um frühzeitig handlungsfähig zu sein.

Er bittet Herrn Wulfänger und Frau Grewatsch in komprimierter Form die wesentlichen Eckpunkte vorzustellen.

Durch Herrn Wulfänger und Frau Grewatsch erfolgen jetzt anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, Ausführungen zum Haushaltsplan und zum Haushaltskonsolidierungskonzept.

Herr Berlin bezieht sich auf die Aussage von Frau Grewatsch zu den Kosten der Unterkunft. Sie sagte, die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften steigen immer im Monat April. Hat das etwas zu sagen, weil die Steigung immer im April ist?

Bei der Grundsicherung im Alter werden die Zahlen von 2008 und 2010 verglichen. Trotz sinkender Zahlen bei der Grundsicherung im Alter ist die Summe mit 200.000 € gestiegen. Wie verhält sich das?

Frau Grewatsch antwortet zur zweiten Frage von Herrn Berlin, dass dies eine Durchschnittszahl ist, die hier veranschlagt wurde. Wenn man sich aber die Monatszahlen ansieht, die jetzt nicht dargestellt sind, ist eine Steigerung der Fallzahlen zu verzeichnen. Außerdem haben sich die Kosten pro Fall geringfügig erhöht.

Herr Wulfänger ergänzt, dass der Planansatz von 2010 mit 2,5 Mio. € vielleicht nicht ganz ausreichend sein wird. Wenn man das Ergebnis von 2010 sieht, wird der Sprung zu 2011 nicht so groß sein.

Zur Frage der Bedarfsgemeinschaften erklärt er, dass die Steigung jedes Jahr im April so ist. Es hängt mit dem Arbeitsmarkt zusammen. Die Zahlen des Arbeitsmarktes sind im April auch am schlechtesten. Danach geht es immer wieder hoch.

Herr Rettig bemerkt, dass der Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft 2011 höher angesetzt ist als 2010.

Frau Grewatsch äußert, dass die Bundesbeteiligung noch im Vermittlungsausschuss ist. Wir sind von 24,3 % ausgegangen. Das hatte der Landkreistag im Sommer 2010 veröffentlicht. Es gibt aber mit Stand 14. Oktober einen Bundesgesetz-Entwurf, der von 24,5 % Bundesbeteiligung ausgeht. Von diesem Prozentsatz sind wir jedoch nicht ausgegangen, da dieser bei Planerstellung noch nicht bekannt war. Zahlenmäßig würde es sich auch nicht wesentlich niederschlagen. Ungefähr 50 T€ wäre es mehr.

Herr Wiese bezieht sich auf die Umlagen der Gemeinden bei der Kreisumlage. Es gibt hier eine reale Steigerung von 3,4 Mio. €

Frau Grewatsch bemerkt, dass 2010 noch Zuweisungen in Höhe von 90 % angerechnet wurden. 2011 sind es 100 %, so wie es im Finanzausgleichsgesetz festgeschrieben ist. Dadurch haben sich die Bemessungsgrundlagen für die Kreisumlage erhöht. Weiterhin wirkt sich aus, dass sich die Steuerschätzungen auch noch mal geändert haben.

Herr Wiese meint, dass man damit dem größten Teil der Gemeinden das Genick bricht und sämtliche Handlungsfähigkeiten nicht mehr gegeben sein werden. Damit kann er sich nicht einverstanden erklären. Man müsse hier Lösungen finden, um diesen Betrag zu senken. Für den ländlichen Raum ist es so nicht hinnehmbar. Sämtliche freiwillige Leistungen im ländlichen Raum werden damit komplett unterbunden. Die Verbandsgemeinden werden noch einen ausgeglichenen Haushalt hin bekommen. Die Kommunen sind eigentlich überflüssig. Wir brauchen eigentlich gar keinen Dorfrat etc. mehr. Sie haben sowieso nichts zu beschließen.

Der Landrat sagt, die Zahlen sind aber die Grundlage dessen, was wir im Juni d. J. beschlossen haben. Wir haben es hin und her gerechnet. Im Hebesatz bleiben wir sogar noch ein Stückchen drunter, weil es aufgrund der statistischen Zahlen (Gewerbsteuer) Mehreinnahmen gibt. Durch den Aufschwung würde nach den neuesten Prognosen die Gewerbesteuer weiter anziehen. Hier bleibt zu hoffen, dass es nicht so dramatisch wird, wie es eigentlich geplant ist.

Herr Wiese spricht die Start- und Landegebühren der Flugplatzgesellschaft Stendal-Borstel an. Man hat hier 29.000 € Einnahmen. Herr Wiese ist der Meinung, wer ein Hobby hat und Flugzeug fliegt, kann auch 8 € Gebühren zahlen. Er verstehe nicht, wie 20.000 Flugbewegungen nur 29 T€ Einnahmen nach sich ziehen.

Der Landrat antwortet, dass man vorhat, die Gebühren zu analysieren und für das nächste Jahr evtl. eine leichte Erhöhung vorzunehmen.

Herr Wiese spricht die Personalkosten an. Bei sinkender Bevölkerung ist eine dramatische Entwicklung der Personalkosten zu verzeichnen, was so nicht ganz nachvollziehbar ist. Ich weiß, wie wir in den Kommunen damit umgehen. Wenn weniger Kinder da sind, wird rigoros eine Stundensenkung vollzogen etc. Die Lohnkosten von 2010 (233 € Einwohner) dürften eigentlich nicht groß erhöht werden. Sozialverträglich ist, auch mal den

einen oder anderen eine Stunde weniger arbeiten zu lassen. Wenn das Land Sonderaufgaben herüber reicht, muss man sich natürlich ernsthaft darüber unterhalten, wer dies bezahlt. Es kann nicht sein, dass wir dramatische Entwicklungen pro Einwohner haben. Die Kommunen werden alle platt gemacht. Das ist das Problem. Mit fallender Bevölkerung haben wir zum Schluss weniger Gewerbe und weniger Gewerbesteueereinnahmen. Wenn die jungen Leute weg sind, dann werden so manche Firmen ihre Wirtschaftskraft nicht mehr entfalten können. Genauso wie die Unternehmen müssen auch wir uns Gedanken machen.

Der Landrat gibt Herrn Wiese Recht. Wir versuchen mit Stellenabbau gegenzusteuern. Wir können es aber aufgrund des geltenden Tarifvertrages nicht ganz abfangen.

Herr Wulfänger kommt auf die Freistellungsphase Altersteilzeit zu sprechen. Diese Mitarbeiter sind bei den Personalkosten nicht mehr enthalten. Das heißt, sie laufen über die Jahre hier aus. Es sind 66 Leute, die sich in der Ruhephase befinden. Es läuft bis 2018 und ist hier das Potential der Einsparungen in den kommenden 8 Jahren. Es werden sukzessive Stellen abgebaut.

Herr Berlin bemerkt, dass es seinerzeit mal ein Tarifmodell gegeben hat, wonach die Mitarbeiter der Kreisverwaltung verkürzt gearbeitet haben. Das Land hat seit 2004 diese Kurzarbeit. Es ist bis 2011 verlängert worden. Warum ist man hiervon abgegangen?

Der Landrat antwortet, dass kein Tarifvertrag abgeschlossen wird, wenn ein Defizit im Verwaltungshaushalt vorhanden ist. Seinerzeit ist durch uns der Nachweis erbracht worden, dass wir einen Personalüberhang haben. Wir haben es begründet mit den Außenstellen und mit Veränderungen, die seinerzeit anstanden. Das Tarifmodell war befristet für drei Jahre, weil in dieser Zeit die Stellen abgebaut worden sind.

Zum 31.12.2009 ist diese tarifliche Regelung ausgelaufen. Die ostdeutschen Länder haben bei den Tarifverhandlungen massiv darauf hingewirkt, dass es verlängert wird. Wir haben diesbezüglich aber leider kein Gehör gefunden. Nach unserem Tarifvertrag gibt es diesen Notlagentarifvertrag zur sozialen Abfindung nicht mehr.

Herr Berlin meint, dass der Tarifvertrag die eine Sache ist. Seit 2004 ist es aber im Land so, dass man verkürzt arbeitet. Ich habe es im Landkreis auch mit bekommen. Manch einer war gar nicht böse darüber, verkürzt zu arbeiten und noch einpaar Tage mehr frei zu haben. Wir hatten die Überlegungen, dass Landkreismitarbeiter bis 2012 freiwillig sagen, wir arbeiten verkürzt und gehen mit 3, 4 oder 5 % runter. Man würde im Tarif bleiben, aber auch eine Lösung finden, dass man von den Stunden her etwas machen kann.

Der Landrat sagt dazu, dass z. Z. in Abstimmung mit dem Arbeitgeberverband eine Vereinbarung ausgearbeitet wird, den Mitarbeitern die Möglichkeit anzubieten, ab nächstes Jahr freiwillig mit den Stunden herunter zu gehen. Um Konsens zu haben, ist es auch mit der Personalvertretung abgestimmt worden.

Herr Kühnel erklärt, seinerzeit ist nachgewiesen worden, dass der Landkreis einen Personalüberhang hat. Das, was wir jetzt machen können ist, die Aufgaben zu reduzieren und ein Aufgabenminimum anzustreben, so das wir wieder einen Personalüberhang haben. Wie viel unter dem Strich dabei heraus kommt, könnte ausgerechnet werden. Dann kann man mit den Personalkosten auch wieder herunter gehen. Man sollte sukzessive ganz ruhig und mit viel Überlegung die Aufgaben auf den Prüfstand stellen und Personal abbauen. Aber so abbauen, dass die Aufgaben nicht darunter leiden.

Der Landrat erwähnt das sogen. KGSt-Gutachten. Dieses Dokument haben wir seit einem halben Jahr an der Hand. Hier ist man aber noch mit dem Landkreistag am Reden, dass es belastbar gestaltet wird. In den nächsten Jahren werden wir es schrittweise umsetzen und werden es auch immer im Haushalt und im Stellenplan mit einfließen lassen.

**zu TOP 11 Maßnahme der zivilen Infrastruktur von militärischem Interesse - Ausbau der K 1472,
OD Klietz
Vorlage: 179/2010**

Der Landrat bemerkt, dass die Bundeswehr den Ausbau des betreffenden Abschnittes der Kreisstraße zu 100 Prozent finanziert.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 12 Information über die Aufhebung des Kooperationsvertrages der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Zusammenarbeit im Elbetal (KAG)

Der Landrat erklärt, dass in den letzten Wochen Gespräche zur Kommunalen Arbeitsgemeinschaft im Elbetal (KAG) stattgefunden haben. Es hat zwei unmittelbare Anlässe gegeben. Zum einen ist durch die Landgesellschaften dargestellt worden, dass sie die Geschäftsstelle nicht mehr finanzieren können. Zum anderen hat der Landkreis Prignitz den Antrag gestellt, aus der KAG auszutreten. Auf Einladung der Landgesellschaften fand am 21. September 2010 in Magdeburg eine grundsätzliche Diskussion über den Fortbestand der KAG statt. Die anwesenden Landräte haben sich darauf verständigt, die KAG aufzulösen und die geltenden Verträge (Kooperationsvertrag und 1. Ergänzungsvertrag) einvernehmlich und möglichst zum 31.12.2010 zu beenden. Formell muss der Kreistag der einvernehmlichen Auflösung zustimmen. Hierzu wird es eine Beschlussvorlage für den Kreistag im Dezember geben.

zu TOP 13 Anfragen und Hinweise

Durch den Landrat wird die Thematik Umstellung des ÖPNV am 01.11.2010 angesprochen. Es hat in dieser Woche bewegte Tage und Stunden gegeben. Eine Verständigung mit dem Unternehmen fand täglich statt. Jeden Tag ist versucht worden, die größte Katastrophe zu beseitigen. Heute gab es gemeinsam mit dem Unternehmen eine relativ große Pressekonferenz, in der wir über den aktuellen Stand informiert haben. Etliche Problemfälle, was die Verspätungen und Anschlüsse betrifft, konnten beseitigt werden. Es wird weiter mit Hochdruck an entsprechenden Problemfällen gearbeitet. Wir versuchen, all das, was schriftlich eingeht, auch entsprechend zu beantworten. Und wenn es nur eine Zwischenantwort ist, um den Leuten zu dokumentieren, wir kümmern uns darum. Im Schulumt ist seit dem heutigen Tage eine Hotline geschaltet, da immer Beschwerden kamen, dass die Telefonleitungen sowohl bei uns als auch beim Unternehmen blockiert sind. Wir stellen es uns so vor, dass der Anruf angenommen und das Problem kurz notiert wird. Der Anrufer erhält eine Rückantwort. Ich möchte Sie bitten, wenn Sie konkret aktuelle Fälle erfahren, diese an uns weiterzugeben. Wir hoffen, in den nächsten Tagen eine weitere Entschärfung und Entspannung zu bekommen. Dort, wo Überfüllungen sind, werden Zusatzbusse eingesetzt. Wir werden in den nächsten Tagen, beginnend schon ab Morgen, noch einmal eine Abgleichung der Zahlen vornehmen. Dort, wo die Planzahlen von den tatsächlichen Zahlen abweichen, muss nachreguliert werden. Es gibt auch ein bis zwei Fälle, wo tatsächlich die Satzung nicht eingehalten wird. Das war vorher schon knapp. Hier sagen wir aber, das bekommen wir kurzfristig nicht geregelt. Das soll im Laufe des Monats November noch einmal genau untersucht und dann versucht werden, hierfür Lösungen hinzubekommen.

Herr Kühnel bittet darum, dass möglichst alle Fälle (Hauptschwerpunkte) aufgelistet werden, damit man einen Überblick hat, was nicht geklappt hat und wie und wann es gelöst worden ist. Man muss den Eltern auch sagen, wo wir Linien eingespart haben. Diese Einsparungen kommen ja nicht von ungefähr. Wir wollten Einsparungen für die Linien haben, die sich überschneiden. Dass das die Folgen sind, dass bestimmte Sachen nicht funktionieren, das müssen wir auch erklären.

Der Landrat antwortet, für den Schulausschuss am 16.11.2010 ist vorbereitet, so eine Liste vorzulegen. Das Unternehmen ist zur Sitzung des Schulausschusses ebenfalls eingeladen.

Herr Borstell hat die Frage, ob die Aufwendungen für den ÖPNV jetzt größer werden? Kommt jetzt etwas auf uns zu, was teurer wird, wenn mehr Busse fahren oder neue Linien sind oder bleibt es in dem Rahmen? Kann man das schon abschätzen?

Der Landrat antwortet, im Nahverkehrsplan sind die sogen. Linienbündel vorgesehen. Den Fahrplan aufgrund dieser Linienbündel erstellt das Unternehmen selbst. Es ist ein völlig neues System und ist eben ganz anders als

das alte. Und deshalb ist das eines der Ursachen, warum das so holpert. Es ist ja kein Ausschreibungsverfahren gewesen, sondern ein Genehmigungsverfahren. In der Finanzierungssatzung, die der Kreistag im April letzten Jahres beschlossen hat, ist eine Summe festgelegt. Diese Summe war die Grundlage für die Beantragung der Genehmigung.

Herr Wiese meint, dass viele Dinge nicht funktionieren konnten, das hat sich aus dem Fahrplan ergeben. Wenn mit Kindern von Erxleben nach Osterburg in 3 Minuten gefahren wird, dann muss man fahren wie ein Henker. Im Fahrplan sind sachlich sehr viele Fehler enthalten. Ich war auch der Meinung, dass klar sein muss, dass in der ersten Woche nicht alles funktioniert. Das ist bei einer Umstellung einfach so. Das aber eine solche Katastrophe entsteht, hätte ich nicht gedacht. Hier sind noch viele Fragen offen. Es ist im Schulausschuss des öfteren über diese Thematik gesprochen worden. All Diejenigen, die im Schulausschuss sitzen, sind stinkend sauer, weil uns Frau Dr. Bergmann oft erzählt hat, es sei alles geklärt. Wir glauben ihr bald kein Wort mehr. Hier ist vieles unkorrekt oder nicht korrekt vorbereitet worden. Es ist ein Drama, was hier passiert ist. Wir können stolz sein, dass wir einheimische Busunternehmer haben, die von sich aus sich in den Bus setzen und wahrscheinlich auf eigene Kosten die Schüler hinterher gefahren haben. Auch so etwas ist passiert. Das ist lobenswert.

Der Landrat erklärt, dass man das Unternehmen bereits bzgl. der Fahrplanzeiten, wo es so offensichtlich ist, hingewiesen hat. Das Unternehmen arbeitet daran, die Zeiten so hinzubekommen, dass man auskommt.

Herr Rettig denkt, dass die Probleme momentan noch nicht mal alle bekannt sind. Von den Bucher Schülern ist seit Montag noch nicht einer pünktlich ins Gymnasium gekommen. Bisher sind es immer 15 bis 20 Minuten Verspätung zum Unterrichtsbeginn gewesen. Hinzu kommt, dass der Bus überladen ist. Richtung Grieben zur Grundschule fährt nur noch ein Bus zur ersten Stunde. Die Grundschüler der 1. Klasse fangen dreimal in der Woche zur zweiten Stunde an und haben bis zur fünften Stunde Unterricht. Der nächste Bus zurück fährt aber erst nach der sechsten Stunde. Also ist auch für die Grundschüler der 1. Klasse schon der 6-Studentag programmiert, obwohl sie nur 4 Unterrichtsstunden haben. Ich werde die Informationen der Eltern, die sie mir übertragen haben, schriftlich der Verwaltung zukommen lassen.

Auch Herr Berlin kann durch seinen Sohn bestätigen, dass die Busse überfüllt sind. Die zuständige Schulsekretärin erhält derzeit einen Anruf nach dem anderen von den Eltern. Auch die Pünktlichkeit der Schüler muss gegeben sein. An die älteren Bürger müsse man ebenfalls denken, weil sie jetzt gar nicht mehr hin und her kommen. All die Jahre hat bei uns der ÖPNV von Bahn bis Bus super funktioniert. Man sollte die älteren Bürger gerade in ländlichen Bereichen nicht vergessen.

Herr Kühnel spricht des weiteren an, dass die Deutsche Bahn einen Winterfahrplan veröffentlicht hat. Mit diesem Fahrplan werden die Pendler bestraft, die von Berlin kommen wollen. Er bittet den Landrat, der Deutschen Bahn ein Schreiben zukommen zu lassen, dass es so nicht geht.

Der Landrat sichert zu, dass er sich kümmern wird.

Herr Borstell hat eine Anfrage zur Thematik Demographie Fördermittel. Ist hier jetzt schon alles gelaufen?

Der Landrat antwortet, zumindest für dieses Jahr ist die Antragsstellung gelaufen. Für dieses Jahr mussten bis zum 31.10.2010 die Anträge gestellt werden. Der Landkreis hat Maßnahmen eingereicht. Es konnten aber auch Vereine, Verbände und Gemeinden Anträge einreichen. Das Programm ist jedoch nicht abgeschlossen. Für nächstes Jahr läuft es weiter. Der zuständige Abteilungsleiter hat informiert, dass in den nächsten Tagen die ersten Bescheide vergeben werden, weil die Beauftragung für die Maßnahmen noch in 2010 erfolgen muss.

Herr Kühnel stellt die Frage nach der Änderung der Geschäftsordnung. Wie weit ist man hier?

Der Landrat erklärt, dass man einen Entwurf zur Änderung der Geschäftsordnung erarbeitet habe (den Mitgliedern des KVPA wird nun dieser Entwurf überreicht). In den Änderungen wurden die Beanstandungen des Landesrechnungshofes und die Vorschläge aus der Sitzung des KVPA vom 07.10.2010 zu den Fraktionsgeldern berücksichtigt. Er bittet darum, den Entwurf in den Fraktionen zu diskutieren und Änderungen oder Hinweise bis zum 24.11.2010 an das Büro des Landrates zu übergeben. In der Sitzung am 16.12.2010 soll dann die Beschlussfassung im Kreistag erfolgen.